

Viel Potenzial in ostafrikanischem Agribusiness 15.08.2017

Äthiopien mit ambitionierten Plänen / Kenia ohne Landreserven / Tansania nutzt Land noch nicht professionell / Von Martin Böll

Nairobi (GTAI) - Es gibt wohl keine Branche, die in allen Ländern Ostafrikas ein so großes Entwicklungspotenzial hat wie das Agribusiness. Es gibt insgesamt gesehen genügend Land und eine deutlich steigende Nachfrage im In- und auch im Ausland. Mit Hilfe moderner Inputs, besserer Anbautechniken und einer Reduzierung der Verluste nach der Ernte, beispielsweise durch eine industrielle Verarbeitung, ließen sich die Erträge massiv steigern. Der Weg führt dorthin - schlichtweg, weil es keine Alternative gibt.

Die größte agroindustrielle Potenzial dürfte wohl Äthiopien haben. Dabei startet das Land von dem niedrigen Niveau einer Subsistenzlandwirtschaft, die in Zeiten der Trockenheit Hungersnöte immer noch nicht verhindern kann. Der ambitionierte Plan: Neue und verbesserte landwirtschaftliche Wege und Straßen sollen den Transport von Feldfrüchten überhaupt erst einmal ermöglichen. Riesige brachliegende Landstriche werden ausländischen Investoren für eine Exportproduktion gegeben. Bewässerungsprojekte vermindern die Abhängigkeit vom Regen. Und in neuen, landesweiten integrierten agroindustriellen Parks sollen Nahrungsmittel verarbeitende Betriebe angesiedelt werden. Wenngleich alles leichter gesagt als getan ist, kann man Äthiopien durchaus zutrauen, dass die Transformation gelingt.

Tansania fehlen politisch-administrative Kapazitäten

Ein bedeutendes Potenzial hat auch Tansania, das über fruchtbare Landstriche von der Größe Italiens verfügt, diese bislang aber kaum nutzt. An großen Reden und von der internationalen Entwicklungsindustrie verfassten Studien fehlt es wohl nicht, wohl aber an ausreichenden Rahmenbedingungen. Die relativ neue Regierung von Präsident John Magufuli geht zwar mit Elan zu Werke. Insider kritisieren aber, dass es an Know-how und ausreichenden administrativen Kapazitäten fehle. Und auch der tansanischen Industrie fehlt es noch an einem Gewusst-wie und liberalen Rahmenbedingungen.

Etwas anders die Lage in Kenia: Es gibt moderne Farmen und Nahrungsmittel verarbeitende Betriebe, die auf hohem Niveau produzieren können. Den Verkauf an die Verbraucher übernehmen die landesweit aus dem Boden schießenden Shoppingcenter. Überall in der Wertschöpfungskette ist ausländischer Einfluss unübersehbar, sei es bei den Inputs wie Saatgut oder Zuchttieren, bei landwirtschaftlichen und Verpackungsmaschinen, beim Kapital, beim Know-how und auch bei den Verkaufsstellen. Das alles funktioniert, sagen Kritiker, weil und wenn sich der Staat nicht einmischt.

Die Zukunft: Gewächshäuser statt Maisanbau

Wenn sich die Politik derweil in Kooperativen, mit Importgenehmigungen oder -verboten einklinkt, klappt es weniger gut, weil dann Korruption und Kartelle leicht die Oberhand gewinnen. Wie geht es weiter? Privates Agribusiness, das sich beispielsweise auf einen hochintensiven Gartenbau konzentriert, dürfte weiter erfolgreich sein, während die traditionellen Cash-Crops Mais, Kaffee und Tee unter ständig kleiner werdenden Anbauflächen leiden. Ökonomisch betrachtet, sollte Kenia eigentlich weitgehend auf einen Maisanbau verzichten, weil das Grundnahrungsmittel auf Weltmärkten sehr viel billiger zu haben ist. Kenianische Gartenbauprodukte haben dagegen gut Absatzchancen auf internationalen Märkten.

VIEL POTENZIAL IN OSTAFRIKANISCHEM AGRIBUSINESS

Ostafrikanischer Außenhandel mit Nahrungsmitteln und lebenden Tieren (SITC0; in Mio. US\$)

Land	Importe	Exporte
Äthiopien	1.450	2.431
Kenia (2013*)	1.025	2.092
Tansania	506	1.594
Uganda	405	1.028
Ruanda	246	214
Malawi	156	317
Burundi	55	60
	=SUM(ABOVE) 3.843	=SUM(ABOVE) 7.736

*) letztverfügbare Zahlen

Quelle: Comtrade

(M.B.)

KONTAKT

Katrin Weiper

☎ +49 228 24 993 284

✉ [Ihre Frage an uns](#)

Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck – auch teilweise – nur mit vorheriger ausdrücklicher Genehmigung. Trotz größtmöglicher Sorgfalt keine Haftung für den Inhalt.

© 2019 Germany Trade & Invest

Gefördert vom Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.